



Petition

betreffend Faire Löhne für öffentliche Angestellte im Kanton Zug

(Stellungnahme des Regierungsrats zum Bericht der vorberatenden Kommission Anstellungsbedingungen)

Bericht und Antrag des Regierungsrats
vom 11. Juli 2023

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

1. Ausgangslage

Die drei Personalverbände (Lehrerinnen- und Lehrerverein Kanton Zug, Staatspersonalverband und Verband Zuger Polizei) stellten im Verlauf des Projekts Anstellungsbedingungen mehrmals die Forderung, die Lohnsumme um zusätzliche 2,5 Prozent zu erhöhen.

Der Regierungsrat nahm in der internen und externen Vernehmlassung zum Projekt Anstellungsbedingungen sowie bei einem Workshop mit den Personalverbänden Stellung zur geforderten Realloohnerhöhung. Der Regierungsrat sieht keinen Bedarf für eine generelle Lohnerhöhung von 2,5 Prozent. Aufgrund der durchgeführten Lohnvergleiche gibt es keine objektiven Gründe, welche diese generelle Realloohnerhöhung rechtfertigen würden. Die Analyse des Regierungsrats ergab, dass es anderweitig Handlungsbedarf in den Anstellungsbedingungen gab, welche mit dem Projekt Anstellungsbedingungen umgesetzt wurden. Mit diesen Anpassungen können die bereits sehr guten Anstellungsbedingungen noch zusätzlich verbessert werden. Die Optimierungen werden jährlich Mehrkosten von ungefähr 11 Millionen Franken verursachen.

Während der Debatte in der vorberatenden Kommission kamen die Personalverbände zum Schluss, die Gesamtvorlage des Projekts Anstellungsbedingungen mit der zusätzlichen Lohnforderung nicht zu gefährden und eine separate Petition einzureichen. In Kantonsratssitzung vom 25. August 2022 kam es trotzdem zu einer Abstimmung bezüglich der Realloohnerhöhung um 2,5 Prozent, welche mit 55 zu 20 Stimmen abgelehnt wurde.

Die drei Personalverbände reichten am 26. Oktober 2022 die Petition betreffend «Faire Löhne für öffentliche Angestellte im Kanton Zug» ein. Die 3000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Petition fordern den Regierungsrat und den Kantonsrat auf: «Die Löhne für öffentliche Angestellte sind fortlaufend und vollumfänglich der Teuerung anzupassen. -Die Lohnsumme ist mindestens um zusätzliche 2,5 Prozent zu erhöhen.»

Die Petition wurde von der Kantonsratspräsidentin am 27. Oktober 2022 wegen des unmittelbaren Zusammenhangs mit deren Beratungsgegenstand der Kommission betreffend Projekt Anstellungsbedingungen überwiesen.

An ihrer ersten Sitzung vom 24. November 2022 hat die vorberatende Kommission beschlossen, ein Mitberichts - bzw. Vernehmlassungsverfahren bei den Direktionen, bei den Gerichten, den Einwohner- und Kirchgemeinden sowie den öffentlich-rechtlichen Anstalten durchzuführen.

Die Stellungnahmen ergaben ein klares (ablehnendes) Gesamtbild. Die Argumente und die Haltungen des Regierungsrates (siehe weiter oben) wurden bis auf eine Ausnahme von allen Vernehmlassungsteilnehmenden gestützt.

Im Bericht und Antrag vom 5. Mai 2023 beantragte die vorberatende Kommission dem Kantonsrat, der Petition «Faire Löhne für öffentliche Angestellte im Kanton» nicht Folge zu leisten. Sie entschied, dem Kantonsrat den folgenden Alternativvorschlag zu unterbreiten:

«Falls der Ertragsüberschuss des Kantons über 50 Millionen Franken beträgt, sollen im Folgejahr 1,25 Prozent der Bruttolohnsumme aller Mitarbeitenden in die Pensionskasse einbezahlt werden. Der Betrag pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter soll bezogen auf ein 100 Prozent Pensum gleich hoch sein. Jenen Mitarbeitenden, welche nicht der Pensionskasse angeschlossen sind, sollen 1,25 Prozent der Bruttolohnsumme aller Mitarbeitenden bar ausbezahlt werden.»

Der Regierungsrat lehnte mehrmals die Forderungen der Personalverbände nach einer Realloohnerhöhung von 2,5 Prozent ab. Auch der Kantonsrat sowie die Gemeinden sind gegen eine Realloohnerhöhung. Aufgrund dieser Ausgangslage geht es nachfolgend nur um die Stellungnahme des Regierungsrats zum oben zitierten Alternativvorschlag der vorberatenden Kommission.

2. Erwägungen

Im Projekt Anstellungsbedingungen ging es um gezielte Verbesserungen, um verschiedene Ziele zu erreichen: Transparentes und nachvollziehbares Lohnsystem, Honorierung der Leistung, Flexibilität und Erhalt der Arbeitsmarktattraktivität. Aus diesem Grund muss analysiert werden, welche Ziele mit dem Alternativvorschlag erreicht werden können bzw. was der Nutzen für die Mitarbeitenden ist. Eine an den Ertragsüberschuss gekoppelte Einlage in die Pensionskasse verbessert die Anstellungsbedingungen nur geringfügig. Sie hat auch keine unmittelbar spürbare Wirkung auf die Motivation der Mitarbeitenden, weil der positive Effekt erst nach der Pensionierung spürbar ist. Ebenfalls ist es kein geeigneter Ansatz, damit die Kantonsverwaltung besser im Arbeitsmarkt mit einem Fachkräftemangel bestehen kann. Den Kosten von geschätzten 4,75 Millionen Franken würde ein geringer Nutzen sowohl für die Arbeitnehmenden als auch dem Arbeitgeber gegenüberstehen.

Der Kanton Zug setzte eine ähnliche Lösung bereits 2006 einmalig um und deshalb kann man von den damaligen Diskussionen sowie Erfahrungen profitieren. Aus dem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2006 wurde als Zeichen der Wertschätzung eine einmalige Anerkennungsleistung im Umfang eines halben im Jahr 2006 ausgerichteten 13. Monatslohnes pro Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter ausgerichtet (Dieser Betrag wurde zur Hälfte dem jeweiligen persönlichen Sparguthaben bei der kantonalen Pensionskasse gutgeschrieben und zur Hälfte zusammen mit dem Lohn ausbezahlt). Bei der Verwendung des Ertragsüberschusses 2007 wurde eine Wiederholung diskutiert. Aus den Diskussionen war ersichtlich, dass die Anerkennungsleistung 2006 von einigen Mitgliedern des Kantonsrats und den Gemeinden kritisch kommentiert wurde. Die Mitarbeitenden der Verwaltung können sicherlich zu einem guten Rechnungsabschluss beitragen, aber viel stärker hängt ein Überschuss von den Steuereinnahmen ab. Entsprechend müssten die Steuerpflichtigen von einem Ertragsüberschuss profitieren. Bei einer kantonalen Lösung profitieren auch die gemeindlichen Lehrpersonen und somit setzt es die Gemeinden unter Zugzwang, eine ähnliche Lösung für ihr Verwaltungspersonal umzusetzen.

Der Kanton Zug kann seinen Mitarbeitenden bereits eine gute Pensionskassenlösung anbieten. Dennoch befasst sich der Vorstand der Zuger Pensionskasse seit geraumer Zeit intensiv mit dem Thema (Teil-)Erhalt des Leistungsziels in der Zuger Pensionskasse und hat dem Regierungsrat entsprechende Massnahmen vorgeschlagen. Hier kann analog argumentiert werden,

wie bei den Verbesserungen im Rahmen des Projekts Anstellungsbedingungen: Gezielte Massnahmen sind das bessere Mittel als Pauschalbeiträge. Für die Umsetzung der Massnahmen wird voraussichtlich eine Änderung des Pensionskassengesetzes erforderlich sein, welche dem Kantonsrat zur gegebenen Zeit unterbreitet wird.

Eine allfällige Umsetzung der Alternative würde auch in der praktischen Umsetzung einige Probleme verursachen. Beispielsweise ist nicht klar, wie Mitarbeitende zu berücksichtigen sind, die nur wenige Monate befristet angestellt sind oder wie mit Ein- und Austritten nach dem Budgetentscheid bzw. Rechnungsabschluss umzugehen ist.

Gute Anstellungsbedingungen sind für den Regierungsrat ein zentrales Anliegen. Der Regierungsrat ist bestrebt, die Wettbewerbsfähigkeit der Anstellungsbedingungen laufend im Auge zu behalten und zu reagieren, wenn ein Handlungsbedarf besteht. Wie dargelegt, stellt der Alternativvorschlag der Kommission keine geeignete Lösung dar, um die Anstellungsbedingungen gezielt zu verbessern.

3. Finanzielle Auswirkungen

Der Antrag des Regierungsrats hat keine finanziellen Auswirkungen auf den Kanton und die Gemeinden, da der Regierungsrat die Petition und den Alternativvorschlag der Kommission ablehnt. Die geschätzten Kosten für den Alternativvorschlag von 4,75 Millionen Franken sind im Bericht der vorberatenden Kommission aufgeführt.

4. Anträge

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen:

1. der Petition «Faire Löhne für öffentliche Angestellte im Kanton» nicht Folge zu leisten.
2. den Alternativvorschlag der vorberatenden Kommission abzulehnen.

Zug, 11. Juli 2023

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Frau Landammann: Silvia Thalmann-Gut

Der Landschreiber: Tobias Moser